

Abteilung Bildung, Kultur und Soziales
Amt für Weiterbildung und Kultur

10.09.2020
Telefon: 3500

Bezirksamtsvorlage zur Beschlussfassung

für die Sitzung des Bezirksamtes am Dienstag, 22. September 2020

1 Gegenstand der Vorlage

Titel: Gedenktafel für entrechtete Bezirks- und Stadtverordnete 1933
Beschluss der BVV vom 27.05.2020
Drucksache Nr. 1550/XX

2 Berichterstatter_in

Bezirksstadtrat Matthias Steuckardt

3 Beschluss

Das Bezirksamt beschließt, die beiliegende Vorlage - Mitteilung zur Kenntnisnahme – an die Bezirksverordnetenversammlung weiterzuleiten.

4 Begründung

Ist der Anlage zu entnehmen

5 Rechtsgrundlage

§ 36 (2) BezVG

6 Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter

Keine

7 Haushaltmäßige / Personalwirtschaftliche Auswirkungen

Keine

8 Unterrichtung BVV

Ja, als Mitteilung zur Kenntnisnahme

9 Mitzeichnung

Keine

Matthias Steuckardt
Bezirksstadtrat

Anlagen

Mitteilung zur Kenntnisnahme

Drucksache Nr. 1550/XX

Mitteilung zur Kenntnisnahme

des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg von Berlin
über den Beschluss der BVV vom 27.05.2020 Nr. 1550/XX

Die BVV fasste auf ihrer Sitzung am 27.05.2020 folgenden Beschluss:

Die Bezirksverordnetenversammlung ersucht das Bezirksamt, eine öffentliche Veranstaltung durchzuführen, die die Situation und das Schicksal von Bezirksverordneten der Bezirke Tempelhof und Schöneberg ab Januar 1933 zum Thema hat.

Das Bezirksamt wird des Weiteren ersucht, mit einer Gedenktafel derjenigen Bezirks- und Stadtverordneten aus den ehemaligen Bezirken Schöneberg und Tempelhof zu erinnern, denen als demokratisch gewählte Parlamentarier*innen das Mandat 1933 durch die Nazis entzogen wurde und die gegebenenfalls weiteren Repressionen des NS-Staates ausgesetzt waren.

Orte der Gedenktafel soll vorzugsweise das Rathaus Schöneberg und das Rathaus Tempelhof sein.

Das Bezirksamt teilt hierzu mit der Bitte um Kenntnisnahme mit:

Das Schicksal verfolgter BVV-Mitglieder nach 1933 ist ein noch nicht erforschter Aspekt der Bezirksgeschichte. Es gibt bislang weder für Tempelhof noch für Schöneberg eine Aufstellung der im Nationalsozialismus verfolgten Bezirksverordneten. Um sich diesem historischen Thema zu nähern, bedarf es einer aufwendigen wissenschaftlichen Grundlagenrecherche, welche der Fachbereich Kunst, Kultur, Museen weder zeitlich noch personell leisten kann.

Eine Lösungsoption könnte die Vergabe des Themas als wissenschaftliche Forschungsarbeit im Rahmen eines Master- oder Promotionsvorhabens sein. Hierfür müsste ein entsprechender Kontakt zu relevanten Universitätslehrstühlen aufgenommen werden.

Ein realisierbarer Alternativvorschlag wäre die Organisation eines historischen Vortrages über das nationalsozialistische Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 und dessen Folgen für Berliner Bezirkspolitiker_innen. Wenn sich hier eine fachkundige Person finden würde, könnte der Vortrag in das Veranstaltungsprogramm des Gedenkortes SA-Gefängnis Papestraße aufgenommen werden.

Berlin Tempelhof-Schöneberg, den 22.09.2020

Angelika Schöttler
Bezirksbürgermeisterin

Matthias Steuckardt
Bezirksstadtrat